



Beschluss 1: Sag Nein! – Kein Platz für Faschismus und Intoleranz

*Wenn sie jetzt ganz unverhohlen wieder Nazi-Lieder johlen,
über Juden Witze machen, über Menschenrechte lachen,
wenn sie dann in lauten Tönen saufend ihrer Dummheit frönen,
denn am Deutschen hinterm Tresen muss nun mal die Welt genesen,
dann steh auf und misch dich ein: Sage nein!*

Liedtext von Konstantin Wecker – Sage Nein

In den letzten Wochen sind in ganz Deutschland hunderttausende Menschen aller Bevölkerungsgruppen und Generationen auf die Straße gegangen, um ein klares Bekenntnis für Demokratie und gegen Faschismus zu geben. Allein in Bayern gab es zahlreiche Kundgebungen – nicht nur in den großen Städten. Für uns als KjG Bayern ist die Fülle von Demonstrationen ein Hoffnungszeichen, denn wir stehen auf und mischen uns ein. Wir sagen NEIN!

Die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahl und das Wachstum der AfD schockieren uns. Besonders besorgniserregend sind die Ergebnisse der U18 Wahlen, bei denen die AfD zweitstärkste Kraft geworden ist.¹ Das zeigt, dass sich auch junge Menschen in großer Zahl von den populistischen Aussagen der AfD angesprochen fühlen. Zuletzt wurde ein Treffen von teils gesichert rechtsextremen Personen in Potsdam bekannt, an dem Mitglieder der AfD, der „WerteUnion“ und der Identitären Bewegung teilnahmen. Bei diesem Treffen wurde das Konzept der „Remigration“ von verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus Deutschland vorgestellt und besprochen². Diese Pläne sind nicht nur menschenverachtend und widerlich, sondern erinnern auch an Deportationspläne aus der NS-Zeit.

Als KjG Bayern mit unseren sieben Diözesanverbänden stellen wir uns klar gegen rechtsextreme und – populistische Aussagen und Gruppierungen. Mit unserem Beschluss „Unvereinbarkeit mit der AfD“³ vom Dezember 2023 haben wir erneut deutlich eine Zusammenarbeit mit

¹https://www.bjr.de/fileadmin/redaktion/5_Handlungsfelder/Politische_ausserschulische_Jugendbildung/U18/U18-Dokumente/Ergebnisse_Diagramme/U18-Landtagswahlen_im_Vergleich_neu.pdf

² <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

³ <https://bayern.kjg.de/wp-content/uploads/sites/23/2024/02/Beschluss-Umgang-mit-der-AFD.pdf>

der AfD und der gesichert rechtsextremen Jungen Alternative (JA)⁴ ausgeschlossen. In unserer Struktur lernen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene demokratisches Handeln und die Vorteile einer offenen und vielfältigen Gesellschaft. Wir handeln nach einem christlichen Weltbild, und das ist mit Ausgrenzung, Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung nicht vereinbar⁵. Dies bekräftigt auch die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) mit ihrer Erklärung vom 22.02.2024, in der es heißt: „Völkischer Nationalismus ist mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar.“⁶ Weiter heißt es in dieser Erklärung, dass „die Verbreitung rechts-extremer Parolen [...] mit einem haupt- oder ehrenamtlichen Dienst in der Kirche unvereinbar“ (ebd.) sind. In diesem Schreiben weisen sie noch einmal darauf hin, dass aus diesen Gründen die AfD für Christ*innen nicht wählbar ist. „Die AfD changiert zwischen einem echten Rechts-extremismus, den der Verfassungsschutz einigen Landesverbänden und der Jugendorganisation der Partei attestiert“. Wer so eine Partei wählt, „stellt sich gegen die Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens und der Demokratie in unserem Land“ (ebd.).

Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie und tragen maßgeblich zu einer Gesellschaft bei, die auf unseren freiheitlich demokratischen Grundwerten fußt. Es benötigt eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung, damit Jugendarbeit weiterhin mit hoher Qualität und Quantität stattfinden kann. Nur so kann eine breite Masse an Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erreicht werden.

Wir stehen an der Seite der hunderttausenden Teilnehmer*innen auf den Demonstrationen gegen Rechts und bedanken uns bei den Organisator*innen. Auch viele KJGler*innen haben an diesen teilgenommen, um für ihr Bild einer vielfältigen und toleranten Gesellschaft zu kämpfen, denn in unserer Welt ist kein Platz für Faschismus und Intoleranz.

Aus diesem Grund fordern wir alle politischen Akteur*innen in Bayern auf:

- Sich aktiv von rechtsextremen Inhalten und Gruppierungen zu distanzieren und als Demokrat*innen jegliche Zusammenarbeit und Kooperation mit der AfD und rechtsextremen Gruppierungen abzulehnen
- Darauf hinzuwirken, dass der Bundestag, Bundesrat und die Bundesregierung prüft, ein Verbotsverfahren zur AfD beim Bundesverfassungsgericht einzureichen.
- Sich dafür einzusetzen, dass die finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit und Jugendverbände verlässlich und ausreichend gesichert ist. Es muss allen politischen Entscheidungsträger*innen klar sein, dass an politischer Bildung für Kinder und Jugendliche nicht gespart werden darf!

⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/junge-alternative-verfassungsschutz-102.html>

⁵ https://bayern.kjg.de/wp-content/uploads/sites/23/2024/02/2023-12Landesausschuss_Beschluss1_politisches-Grundlagenpapier.pdf

⁶ https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2024/2024-023a-Anlage1-Pressebericht-Erklaerung-der-deutschen-Bischoefe.pdf

- Sich für eine aktive politische Teilhabe aller Menschen einzusetzen, denn alle haben ein Recht auf Partizipation. Dieses Recht darf nicht an willkürlichen Altersgrenzen hängen. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre in Europa ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Besonders in Bayern haben wir noch einen starken Nachholbedarf. Wir brauchen auf allen Ebenen ein Wahlrecht ohne Altersgrenze!